

Appell an die Österreichische Bundesregierung zur signifikanten Erhöhung von Österreichs Beiträgen zur UNRWA

Die 1949 von der UNO gegründete „United Nations Relief and Works Agency for Palestinian Refugees in the Near East“ (UNRWA) stellt – gemäß dem Auftrag der Vereinten Nationen - nicht nur die Versorgung der aus ihrer Heimat vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge sicher, sondern hat im Laufe ihres nunmehr fast siebzigjährigen Bestehens auch wesentlich zu Stabilität und Frieden in der gesamten Region beigetragen. Leider ist diese immens wichtige Tätigkeit zuletzt von seiten Israels und der Vereinigten Staaten von Amerika massiv kritisiert worden, Israel sprach sich ganz offen für eine ersatzlose Auflösung der UNRWA aus, die USA haben ihre Zahlungen an die Agentur für das laufende Jahr wesentlich gekürzt und die vollständige Streichung angekündigt. Dies ist eine koordinierte politische Aktion, welche letztendlich die völkerrechtlich legitimierte Ansprüche des Palästinensischen Volkes verneint und aktiv bekämpft. Die UnterzeichnerInnen dieses Appells verurteilen diese Politik auf das Schärfste.

Wir begrüßen die Wertschätzung der Tätigkeit der UNRWA, wie sie beispielsweise die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini anlässlich des jüngsten Besuches von Präsident Mahmoud Abbas in Brüssel zum Ausdruck gebracht hat. Wir begrüßen auch die Ankündigung der EU und einiger ihrer Mitgliedsstaaten, den Ausfall der US-Gelder kompensieren und damit die Fortführung der UNRWA-Programme in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Hilfs- und Sozialdienste sicherstellen zu wollen. Gerade angesichts großer aktueller Probleme bezüglich der Aufnahme und Versorgung syrischer Flüchtlinge muss alles vermieden werden, dass in jenen Ländern, welche seit Jahrzehnten palästinensische Flüchtlinge beherbergen, wie Libanon und Jordanien, humanitär höchst prekäre Situationen entstehen. Ebenso ist es uns ein großes Bedürfnis, auf die unerträgliche Situation der Menschen in Gaza hinzuweisen, wo – aufgrund der mehr als 10-jährigen israelischen Blockade - mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ohne die Leistungen der UNRWA nicht überleben könnten.

Die UnterzeichnerInnen dieses Appells fordern daher die Österreichische Bundesregierung auf, sich der Rettungsaktion der UNRWA durch Europa anzuschließen und die bilateralen österreichischen Beiträge von USD 3,3 Mio im Jahr 2017 wesentlich zu erhöhen.

Der Schutz der UNRWA ist nicht nur ein Garant für Stabilität in einer Region, die für Europa in der Geschichte immer bedeutend war und ist, sondern auch ein Gradmesser unserer Solidarität, Humanität und unserer Respektierung von Völker- und Menschenrecht.

Wien, im September 2018

UnterzeichnerInnen

Dipl.Ing. Omar Al Rawi, Landtagsabg. und GR der Stadt Wien

Univ-Prof. Dr. Wolfgang Benedek, UNI Graz

Karl Blecha, Bundesminister a.D.

Dr. Stefan Brocza, Europaexperte und Universitätslektor

Dr. Herbert Denk, Wien

Fritz Edlinger, GÖAB

Pete Hämmerle, Internationaler Versöhnungsbund

P. Karl Helmreich, Dipl.Sozialarbeiter, Benediktiner aus Melk

Univ-Prof. Dr. Helmut Kramer, Politikwissenschaftler

Erwin Lanc, Bundesminister a.D.

Dr. Gabriele Matzner, Botschafterin i.R.

Mary Pampalk, Frauen in Schwarz (Wien)
Josef Pampalk, Afrikanist, Wien
Dr. Wolfgang Petritsch, Botschafter i.R.
Franz Sölkner, Palästina Solidarität Steiermark
Alfred Stingl, Grazer Bürgermeister a.D.
Univ.Prof. Dr. Herbert Strunz, Ökonom
Helga Suleiman, Palästina Solidarität Steiermark
Dr. Angela Waldegg, Frauen in Schwarz (Wien)
Dipl.Ing. Fritz Weber, Projektingenieur und freier Schriftsteller